

1 Antragsteller: Landesvorstand der FDP Rheinland-Pfalz
2
3
4

5 **Betreff: Ohne eine solide Finanzausstattung kann es keine**
6 **kommunale Selbstverwaltung geben**
7

8 Unter Beteiligung der Freien Demokraten hat das Land wichtige und
9 dringend notwendige Verbesserungen auf den Weg gebracht. Den
10 Kommunen werden bis 2020 über den kommunalen Finanzausgleich
11 insgesamt 1,3 Mrd. Euro mehr zur Verfügung stehen als vor der letzten
12 Landesfinanzausgleichsreform. Das entspricht einer Steigerung
13 um mehr als 60 %. Durch den Verzicht auf die Gewerbesteuer-
14 umlagenanhebung erhalten die Kommunen weitere 200 Millionen
15 Euro. Insgesamt werden sie im Jahr 2020 über Steuereinnahmen in
16 Höhe von 5,167 Mrd. Euro verfügen. Das sind 1,491 Mrd. Euro mehr
17 als 2013.
18

19 Die Freien Demokraten unterstützen auch das kommunale
20 Entschuldungsprogramm, in das bis 2026 1,3 Mrd. Euro an
21 Landesmittel fließen, sowie den Zinssicherungsschirm.
22

23 2017 wiesen die rheinland-pfälzischen Kommunen einen positiven
24 Finanzierungssaldo von 431 Millionen aus, was einem historischen
25 Höchststand entspricht. Damit sind aber noch nicht alle Probleme
26 gelöst. 1.731 Kommunen haben Überschüsse in Höhe von 704
27 Millionen. 745 Kommunen leiden dagegen unter Defiziten von
28 insgesamt 273 Millionen.
29

30 Die betroffenen Kommunen haben ihre Finanzprobleme in der Regel
31 nicht selbst verschuldet. Es war ein Fehler, dass die
32 Föderalismuskommission II nicht die Vorschläge der FDP übernommen
33 hat, ein Konnexitätsprinzip ins Grundgesetz aufzunehmen. Viele
34 Mehrausgaben der Kommunen gehen auf Bundesgesetze zurück, ohne
35 dass der Bund die Mittel zu deren Vollzug bereitstellt. Auch der
36 Verzicht auf eine kommunale Schuldenbremse bei gleichzeitigem
37 Verschuldungsverbot des Bundes und der Länder hat dazu geführt,
38 dass der Druck auf die Kommunalhaushalte gestiegen ist. Die Freien
39 Demokraten fordern deshalb ein Verschuldungsverbot für alle
40 staatlichen Ebenen bei gleichzeitiger Einführung eines
41 Konnexitätsprinzips. Wie bereits das Land muss auch der Bund künftig
42 alle Kosten übernehmen, die aufgrund seiner Gesetze auf anderen
43 staatlichen Ebenen anfallen.
44

45 Die Freien Demokraten lehnen die Erhöhung von Steuern zur Lösung
46 der kommunalen Finanzprobleme ab. Dadurch würde die
47 Standortattraktivität verschuldeter Gemeinden sinken und ihre
48 Entwicklungschancen gemindert.

1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31

Es kann nicht richtig sein, dass der Bund seine Steuermehreinnahmen für Rentenerhöhungen und andere soziale Wohltaten verplempert und die Kommunen zur Finanzierung der vom Bund beschlossenen Kosten auf Steuererhöhungen verwiesen werden.

Die Freien Demokraten wollen ausgeglichene Haushalte auf allen staatlichen Ebenen. Neben Bund und Land müssen auch alle Kommunen hierzu in der Lage sein. Ohne den Abbau ihrer Altschulden und die Freistellung von sämtlichen Kosten, die übergeordnete staatliche Ebenen veranlasst haben, ist die kommunale Selbstverwaltung gefährdet.

Wir Freie Demokraten erkennen die spürbaren Verbesserungen durch das Land an. Wir ruhen uns aber auf dem Erreichten nicht aus und ducken uns vor den verbleibenden Problemen nicht weg.

Unser Ziel sind schuldenfreie Kommunen, in denen engagierte Bürgerinnen und Bürger Freude an der Gestaltung des Lebens vor Ort haben.

Begründung: erfolgt mündlich

angenommen: _____

abgelehnt: _____

überwiesen: _____